

Ein Teil von München

Tiefe Trauer um den Zeitzeugen Ulrich Siegel

Am vergangenen Freitag ist der jüdische Zeitzeuge Ulrich »Uri« Siegel im Alter von 97 Jahren gestorben.

Die Nachricht von seinem Tod hinterlasse bei ihr tiefe Trauer und Schmerz, erklärte Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. »Eine Welt ohne ihn und seine Erinnerungen ist eine ärmere«, sagte Knobloch und wies darauf hin, dass Siegel einer der letzten Menschen war, der das Münchner Judentum noch vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten kannte.

Den Terror, den die Nazis ausübten, erlebte Uri Siegel als elfjähriges Kind aus nächster Nähe. Das Foto vom Cousin und Sozios seines Vaters in der Anwaltskanzlei ging um die Welt. Mit einem Schild um den Hals, auf dem »Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren« stand, wurde er im März 1933 von den Nazis durch München getrieben. Danach beschloss sein Vater, nach Palästina auszuwandern, erzählte Uri Siegel bei verschiedenen Gelegenheiten. Bereits ein knappes Jahr später erfolgte die Alija.

Für bemerkenswert und auch als glücklichen Umstand für die jüdische Gemeinde in München bezeichnete Charlotte Knobloch beim Blick auf seinen Lebenslauf die Rückkehr nach München im Jahr 1956. Hier trat Uri Siegel in die Fußstapfen seines Vaters und Großvaters, die beide Anwälte waren. Als Rechtsanwalt setzte er sich bis ins hohe Alter auch für jüdische Mandanten um Wiedergutmachung ein. Von 1971 bis 1990 war er darüber hinaus Geschäftsführer des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern.

Auch der FC Bayern bekundete seine Trauer über den Tod von Uri Siegel, der Neffe des langjährigen Vereinspräsidenten Kurt Landauer war. »Mit ihm ging der letzte Nachkomme unseres Ehrenpräsidenten von uns. Er wird dem FC Bayern fehlen«, erklärte Vorstandschef Karl-Heinz Rummenigge. Er wies darauf hin, dass Uri Siegel über viele Jahre hinweg dem Präsidium und Vorstand vertrauensvoll und verlässlich beratend zur Seite gestanden hat. Das große Engagement und seine Rolle in der Münchner Nachkriegszeit würdigte Charlotte Knobloch in ihrem Nachruf. »Die Geschichte seiner Familie ist auch eine Geschichte unserer Stadt.« Ein München ohne die Familie Siegel sei über viele Jahrzehnte hinweg unvorstellbar gewesen. »Mit Uri Siegels Tod«, so die IKG-Präsidentin, »ist dies nun zur schmerzlichen Realität geworden.« hr



Ulrich »Uri« Siegel sel. A.

VON HELMUT REISTER

Wie lange noch darf der Münchner Rechtsextremist und Pegida-Chef Heinz Meyer auf dem Jakobsplatz, direkt vor der Synagoge und dem Jüdischen Gemeindezentrum, sein geistiges Gift versprühen?

Beim Kreisverwaltungsreferat (KVR) der Stadt München liegt der Antrag von IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch, Hetzern wie Heinz Meyer den Aufenthalt dort zu verbieten. Die SPD-Fraktion des Stadtrats hat einen ähnlichen Antrag schon vor einiger Zeit auf den Weg gebracht, entschieden wurde noch nicht.

ANGST Mehrfach ist Meyer mit einem Plakat aufgetaucht, mit dem er gegen die Beschneidung wettert. Die IKG-Präsidentin spricht von einer nicht hinnehmbaren Provokation. »Viele Menschen, die in die Synagoge oder das Gemeindezentrum kommen, haben einfach Angst vor ihm«, beschreibt sie die Situation.

Dieses unangenehme Gefühl ist an einer Vielzahl von Faktoren festzumachen. Dass Meyer bei einer Pegida-Demonstration ausgerechnet am Platz der Opfer des Nationalsozialismus das Goebbels-Zitat »Wollt ihr den totalen Krieg?« in den Mund nahm, dass bei Pegida-Demos die »Reichskriegsflagge« gezeigt oder von Teilnehmern der Arm zum »Hitlergruß« erhoben wurde, spricht für sich.

BEHÖRDEN Noch mehr Aufschluss über seine politische Ausrichtung liefern die »Kameraden« aus der Neonazi-Szene, zu denen er engen Kontakt unterhält. Sie kommen zu den Pegida-Demonstrationen, und bei ihren Veranstaltungen steht Meyer in der vordersten Reihe. Bereits an der ersten Pegida-Demonstration 2015 nahmen nach Erkenntnissen der Behörden rund 80 gewaltbereite Neonazis teil.

Die Angst der Gemeindemitglieder kann Charlotte Knobloch nachvollziehen.

Ein verurteilter Helfer des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gehörte zum Beispiel dazu, aber auch zwei eng mit Meyer verbundene Mitglieder der verbotenen »Kameradschaft Süd«, die für den Bombenanschlag auf das Gemeindezentrum, das damals gerade im Entstehen war, verurteilt wurden.

Sorgen bereiteten den Behörden von Anfang an die engen Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen. So nehmen an den Pegida-Demonstrationen zwar immer weniger Menschen teil, dafür zählen Vertreter der neonazistischen Partei

Provokation am Jakobsplatz

RECHTSEXTREMISMUS Die Gemeinde stellt Antrag gegen den Münchner Pegida-Chef



Mehrfach ist Heinz Meyer (l.) mit einem Plakat aufgetaucht, mit dem er gegen die Beschneidung wettert.



Hetze des Pegida-Chefs



Pegida-Demonstration in München

»Der III. Weg« zu Teilnehmern und Rednern oder Personen aus dem Umfeld der »Identitären Bewegung«.

VERFASSUNGSSCHUTZ Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat erst vor kurzer Zeit, Ende Januar, seine Einschätzung über Heinz Meyer kundgetan. »In der Gesamtschau ist festzustellen, dass Meyer ein maßgeblicher Aktivist der rechtsextremistischen Szene in München und Bayern ist.«

Für die Sicherheitsbehörden zählt er zu den 43 gefährlichsten Rechtsextremisten in Deutschland und wird als sogenannter Gefährder eingestuft. In dieses Raster passen zwei noch nicht rechtskräftige Urteile wegen Billigung der NSU-Mordserie

sowie wegen Volksverhetzung. Bereits seit 2012 läuft bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Vor diesem Hintergrund ist für Charlotte Knobloch, die schon selbst häufig zur Zielscheibe übelster Beleidigungen und Anfeindungen aus dem rechten Lager wurde, die Angst von Gemeindemitgliedern vor den Meyer-Auftritten leicht nachvollziehbar. »Wundern muss man sich unter diesen Umständen nicht darüber«, stellt sie kurz und knapp fest.

POLIZEI Die Gemeindepräsidentin hofft, dass das Kreisverwaltungsreferat dem Rechtsextremisten Einhalt gebieten

kann. Dabei ist sie sich der schwierigen rechtlichen Lage durchaus bewusst. Polizeibeamte etwa, die gerufen wurden, als sich Meyer direkt vor dem Eingang des Gemeindezentrums mit seinem Plakat aufstellte, konnten nur zusehen. Einen rechtlichen Grund, ihm einen Platzverweis zu erteilen, gab es bei der gegenwärtigen Regelung nicht.

Die Forderung nach einer Verbannung Meyers vom Jakobsplatz hält Knobloch für alles andere als überzogen. Hier werde unter »Ausnutzung und Missbrauch des Versammlungsrechts« der »perfidie Versuch« unternommen, den besonders sensiblen Ort zu entwürdigen. Solchen Versuchen müsse ein Riegel vorgeschoben werden.

Motivation und feste Strukturen

ERZIEHUNG Pädagogen diskutieren über einen gelungenen Wiedereinstieg in den Regelbetrieb von Schulen

Kinder, ihre Erziehung und schulische Ausbildung genießen in der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern höchste Priorität. Diesen Anspruch vermittelte auch eine Gesprächsrunde im Gemeindezentrum unter dem Titel »Back to School: Was brauchen Eltern und Schüler für einen gelungenen Wiedereinstieg?«

Zu Beginn der Veranstaltung, die auf der Internetplattform »IKG LIVE!« übertragen wurde und in der Mediathek abgerufen werden kann, beschrieb IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch die aktuelle Situation.

Nach den bereits erfolgten Lockerungen ist der Status quo aus ihrer Sicht mit der Hoffnung auf die Rückkehr zur Normalität verbunden. »Damit das funktioniert«, ist sie überzeugt, »müssen die Probleme mitgedacht und dann auch gelöst werden.«

Wie das Krisenmanagement im Erziehungs- und Schulbereich in den vergangenen Monaten funktionierte, vor allem

aber, welche Erkenntnisse daraus gewonnen wurden und wie sie in der Praxis umgesetzt werden, erfuhren die Zuschauer der Live-Übertragung aus erster Hand. An der Gesprächsrunde nahmen Miriam Geldmacher und Claudia Bleckmann, die Leiterinnen des Gymnasiums und der Sinai-Schule, sowie die Leiterin der Erziehungsberatungsstelle, Elena Sidhu, und

ihre beiden Mitarbeiter Igor Kolesnikov und Elisabeth Messner teil. Charlotte Knobloch sprach von »geballter Kompetenz«, die sich bei der Diskussionsrunde zusammengefunden habe.

Alle Teilnehmer des Informationsabends waren sich darin einig, dass der Lockdown zwar den Schul- und Vorschulbetrieb im Gemeindezentrum zum Er-

liegen gebracht hat, nicht aber die pädagogische Arbeit, die ins Internet verlegt werden musste. Das damit einhergehende Manko, das sich mit der Rückkehr zur Normalität jetzt aber von selbst erledigt hat, war der fehlende persönliche Kontakt zwischen Schülern und Lehrern. »Dieser Kontakt«, sagte Elena Sidhu, »ist enorm wichtig.«

Motivation, Konzentration, feste Tagesstrukturen: Diesen Parametern und wie sie im Zusammenspiel von Kindern, Eltern und Schule erfüllt werden können, widmete sich ein großer Teil des Abends. Miriam Geldmacher stellte in diesem Zusammenhang fest, dass das angesichts der Corona-Krise im Schnellverfahren entwickelte Konzept gut umgesetzt werden konnte.

Noch mehr freute sie sich über die Wiederaufnahme des (noch eingeschränkten) Unterrichtsbetriebs. »Wir genießen es, wieder hier sein zu dürfen«, erklärte sie. Claudia Bleckmann, Rektorin der Grundschule, sah das nicht anders. »Es war so traurig ohne die Kinder«, gab sie das Stimmungsbild in der Gemeinde wieder.

Für Aufmerksamkeit, vor allem bei Miriam Geldmacher, sorgte an dem Abend die Anmerkung Charlotte Knoblochs, dass sich der Vorstand auf einen Namen für das Gymnasium verständigt habe. Er soll aber erst bekannt gegeben werden, wenn alle Formalitäten erledigt sind. hr



IKG-Präsidentin Charlotte Knobloch (3.v.r.) bei der Gesprächsrunde zum Thema »Back to School«